

# Schlechte Jobs untergraben die Demokratie

Die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland hat auch mit wirtschaftlichen Sorgen sowie mangelnder Mitsprache und Anerkennung am Arbeitsplatz zu tun.

Der Rechtsdrall in der deutschen Gesellschaft steht mit Erfahrungen sozialer Desintegration in Verbindung. Dazu zählen Sorgen um den eigenen Lebensstandard, die Alterssicherung oder die berufliche Zukunft. Auch mangelnde Mitsprache am Arbeitsplatz oder der Eindruck, dass die berufliche Leistung vom Arbeitgeber nicht ausreichend anerkannt wird, spielen eine Rolle. Das zeigt eine Analyse der WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch.

Dass das Gefühl, Anerkennung zu verlieren, zu einer Erosion demokratischer Einstellungen führt, zeigen unter anderem die Untersuchungen des Soziologen Wilhelm Heitmeyer oder die Leipziger Autoritarismus-Studie. Das WSI hat auf empirischer Basis herausgearbeitet, dass sich diese Gefühle aus geringer oder fehlender materieller, sozialer und demokratischer Teilhabe speisen. „Unsere Befragungsdaten zeigen, dass unter Menschen, die zur Wahl der AfD tendieren, solche subjektiven Bedrohungs- und Verlusteindrücke überdurchschnittlich verbreitet sind“, so Kohlrausch.

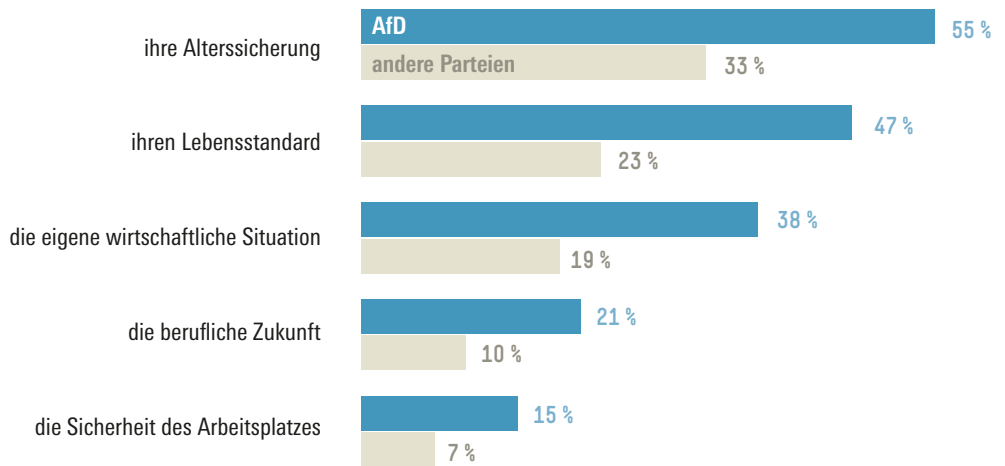
Es sei besonders problematisch, dass gerade Menschen mit niedrigeren Einkommen durch die Coronakrise und die Teuerung infolge des Ukrainekriegs überproportional belastet wurden, was zu einem massiven Anstieg ihrer finanziellen Sorgen geführt hat, erklärt die Forscherin. Das mache sie anfälliger für rechtsradikale Ansichten. „Oft verbinden sich Bedrohungs- und Verlustgefühle dann mit migrationskritischen bis -feindlichen Stereotypen, die insbesondere AfD-Stammwählerinnen und -wähler sehr oft vertreten“, sagt die Soziologin. „Der AfD gelingt es im aktuellen politischen Diskurs erfolgreich, Oben-Unten-Konflikte in Innen-Außen-Konflikte umzudeuten.“

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt laut Kohlrausch das Gefühl, mit den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen nicht mithalten zu können, sodass materielle Sicherheit und soziale Anerkennung auf dem Spiel stehen. Der Eindruck, weder zu verstehen, wie und warum sich die Gesellschaft verändert, noch die Auswirkungen dieser Veränderungen mitgestalten zu können, begünstige antidemokratische Einstellungen.

„Die multiplen Krisen dieser Zeit und die großen gesellschaftlichen Veränderungen wie die Digitalisierung, die Dekarbonisierung und der demografische Wandel haben zur Folge, dass sich Verteilungskonflikte einerseits zuspitzen und andererseits zentrale gesellschaftliche Fragen neu ausgehandelt werden müssen“, erklärt die Soziologin. Ein zentraler Aushandlungsort sei nach wie vor der Betrieb. Faktoren wie die Tarifautonomie oder das Betriebsverfassungsgesetz bestimmten ebenso wie soziale Schutzrechte für Beschäftigte den formalen Rahmen dieses Aushandlungsprozesses – und seien daher wichtige Ressourcen auch für die politische Demokratie.

## Zukunftsangst hilft der AfD

Große Sorgen machen sich Wählerinnen und Wähler um ...



Quelle: WSI 2023

Hans Böckler  
Stiftung

Untersuchungen, unter anderem Studien des WSI, zeigen, dass Beschäftigte seltener zu antidemokratischen Einstellungen neigen, wenn der Interessenausgleich mit der Arbeitgeberseite gelingt und es konkrete Mitsprachemöglichkeiten im Job gibt. So geben beispielsweise in der WSI-Erwerbspersonenbefragung unter den Anhängerinnen und Anhängern anderer Parteien deutlich mehr Menschen an, Mitspracherechte bei strategischen Entscheidungen am Arbeitsplatz zu haben, als Wählerinnen und Wähler der AfD. In eine ähnliche Richtung weisen Studien von Forschenden der Universitäten Lüneburg und Trier. Danach sind Beschäftigte in mitbestimmten Betrieben im Schnitt zufriedener mit der Demokratie in Deutschland als diejenigen ohne Betriebsrat. Und: Gibt es in einem Betrieb eine Arbeitnehmervertretung, tendiert die Belegschaft weniger zu rechtsradikalen Parteien.

Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit die wesentliche Grundlage ihrer materiellen Absicherung, aber auch eine wichtige Ressource sozialer Anerkennung, konstatiert Kohlrausch. Beide Aspekte spielten eine Rolle bei Sympathien für die AfD: Menschen, denen ihre Arbeit langfristig ein sicheres und ausreichendes Einkommen garantiert, machten seltener ihr Kreuz bei dieser Partei. Dasselbe gelte für Beschäftigte, die Solidarität, Stolz auf die eigene Leistung und Anerkennung erfahren.

Trotz derartiger Befunde werde in der Debatte über das Erstarken antidemokratischer Einstellungen und rechtsextremer Parteien die Bedeutung des Betriebs und die Rolle von Erwerbsarbeit häufig vernachlässigt, so Kohlrausch. Es müsse sowohl für eine ausreichende materielle Absicherung als auch für soziale Anerkennung und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten gesorgt werden. Die Stärkung der Tarifbindung sei ein wichtiger Baustein dafür.

Ebenso wichtig sei es, Beschäftigten Mitsprachemöglichkeiten bei Transformationsprozessen einzuräumen. Eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung sei

hierfür nur ein erster Schritt. „Betriebsräte brauchen mehr Rechte, um die aktuellen Veränderungen mitgestalten zu können, zum Beispiel im Hinblick auf Digitalisierung oder Qualifizierung, die eine wichtige Voraussetzung ist, um mit den Veränderungen der Arbeitswelt mithalten zu können. Hierfür braucht es eine grundlegende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes“, so Kohlrausch. Eine von Fachleuten für Arbeitsrecht der Gewerkschaften, der Hans-Böckler-Stiftung sowie der Universitäten Göttingen und Bremen vorgeschlagene Neufassung sehe auch vor, Beschäftigten, eine Stunde Demokratiezeit in der Woche einzurichten, betont Kohlrausch. <

Quelle: Bettina Kohlrausch:  
Demokratie in Arbeit –  
Erwerbsarbeit als demokratischer Erfahrungskontext,  
WSI-Kommentar Nr. 1, März 2024

## UNGLEICHHEIT

### Aufklärung hilft

Türkischstämmigen Kindern wird viel seltener frühkindliche Bildung zuteil als deutschen Kindern ohne Migrationshintergrund. Eltern mit türkischen Namen bekommen seltener eine Antwort auf Anfragen zu einem Kitaplatz als deutsche. Allerdings: Dem Großteil der Bevölkerung ist das Ausmaß der Bildungsungleichheit beziehungsweise der Diskriminierung in dieser frühen, aber entscheidenden Lebensphase nicht bewusst. Nur ein Teil der Bevölkerung befürwortet spezielle Förderprogramme für Kinder von Migrantinnen und Migranten. Was geschieht nun, wenn Menschen zusätzliche Informationen über die Lage der Betroffenen, in diesem Fall der türkischen Kinder, erhalten? Verändern sich ihre politischen Einstellungen? Das hat ein Forscherteam des Ifo Instituts Fürth sowie der Universitäten München, Eichstätt-Ingolstadt, Konstanz und Halle untersucht. Das Ergebnis: Eine Korrektur falscher Wahrnehmungen kann zu einer Annäherung der Standpunkte und damit zu einer weniger polarisierten Debatte über Ungleichheit und Diskriminierung führen.

Die Erkenntnisse der Forscher beruhen auf der Auswertung einer Befragung von rund 4800 Personen, deren Auswahl repräsentativ für die

erwachsene Bevölkerung in Deutschland ist. Dabei sollten die Befragten zunächst schätzen, wie hoch die Betreuungsquote von türkischstämmigen Kindern unter drei Jahren ist – sie beträgt einer Studie zufolge 12 Prozent, im Gegensatz zu 33 Prozent bei deutschen Kindern ohne Migrationshintergrund. Gleichermaßen sollten sie schätzen, wie hoch die Quote unbeantworteter Anfragen nach Betreuungsplätzen ist – sie beträgt 37 Prozent bei türkischen und 29 Prozent bei deutschen Eltern. Den Befragten wurden dabei nur die Werte für deutsche Kinder beziehungsweise Eltern mitgeteilt. Die Antworten weisen eine breite Streuung auf, vor allem die Lücke in Sachen Kita-Besuch wurde meist unterschätzt. Im nächsten Schritt bekam jeweils ein Teil der Befragten Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse. Anschließend sollten sie angeben, ob sie politische Maßnahmen wie die steuerfinanzierte Förderung von Kitas, die Kinder mit Migrationshintergrund aufnehmen, die Einführung einer zentralen Vergabe von Kitaplätzen auf Gemeindeebene, den staatlichen Ausbau der Kinderbetreuung oder eine Bevorzugung von Migrantenfamilien bei der Vergabe von Betreuungsplätzen unterstützen würden.

Es zeigt sich: Die zusätzlichen Informationen rauschen an den Befragten nicht spurlos vorbei. Diejenigen, die das Ausmaß der frühkindlichen Bildungsbenachteiligung unterschätzt haben und die dazu korrekte Informationen bekamen, sprechen sich eher für politische Korrekturen aus als diejenigen, die keine Informationen über die wahren Verhältnisse bekommen haben. Auch die Umkehrung gilt: Wer die Benachteiligung stark überschätzt hat, bleibt bei den politischen Forderungen moderater, wenn die eigene Fehleinschätzung durch Fakten korrigiert wird, auch wenn dieser Effekt nicht ganz so stark ausgeprägt ist. „Information führt in diesem Setting zu stärker übereinstimmenden politischen Präferenzen“, so die Forscher.

Ein Wermutstropfen: Eine Teilgruppe zeigte sich von den wissenschaftlich fundierten Informationen vollkommen unbeeindruckt, nämlich die Befragten, die angaben, rechte Parteien zu wählen. Ihre Unterstützung für die Politikmaßnahmen sank sogar, nachdem sie Informationen dazu bekommen hatten. <

Quelle: Henning Hermes, Philipp Lergetporer, Fabian Mierisch, Guido Schwerdt, Simon Wiederhold: Does information about inequality and discrimination in early child care affect policy preferences?, IWH Discussion Paper Nr. 2/2024, Januar 2024  
Link zur Studie